sexuellen Menschen (S. 332ff.) setzt sich die Verf. mit Vorschlägen zur Regelung medizinischer Eingriffe de lege ferenda auseinander (S. 337ff.). Nicht durchgehend wird deutlich, ob die Verf. lediglich rechtspolitisch Reformbedarf sieht oder der Gesetzgeber den grundrechtlichen Schutzpflichten mit dem derzeitigen Regelungskonzept nicht nachkommt und welcher Gestaltungsspielraum ihm zusteht. Mit der Analyse möglicher Neuregelungen zu medizinischen Eingriffen und der Erarbeitung von Reformvorschlägen könnte die Arbeit an sich schließen. Verf. will aber zusätzlich Vorschläge zu Änderungen im Personenstandsrecht und zur Abschaffung des Geschlechts als rechtlicher Kategorie in den Blick nehmen (S. 374ff.). Dass zwischen der rechtlichen Perspektive auf Intersexualität und der Vornahme geschlechtsangleichender Maßnahmen Zusammenhänge bestehen können, erschließt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Juridifizierung ohne weiteres. So diese Fragen, die freilich für sich genommen den Gegenstand einer Dissertation bilden könnten, miteinbezogen werden, hätte man sich eine vertiefende Auseinandersetzung mit den (verfassungs-)rechtlichen Aspekten gewünscht.

Die Verf. sieht in einer dritten Geschlechtskategorie einen Beitrag zum Aufbrechen der Bipolarität, der Druck von Eltern nehmen könne, geschlechtskorrigierende Eingriffe an ihren Kindern vornehmen zu lassen. Gegenüber einem Verzicht auf Geschlechtskategorien bleibt die Verf. hingegen kritisch, wenn nicht ablehnend (S. 387). Das Problem operativer Eingriffe gehe nicht vom Recht, sondern von kulturellen Normen aus (S. 389). Dennoch plädiert Verf. dafür, dem empfundenen Geschlecht im PStG generell mehr Ausdruck zu verleihen (S. 392f.) und flexiblere Wechselmöglichkeiten zu schaffen. In Anbetracht dessen, dass die Verf. die Intersexualität in Abgrenzung zur Transsexualität primär als eine „körperliche Diagnose“ (S. 36) ansieht, wäre es naheliegend gewesen, auf denkbare personenstandsrechtliche Differenzierungen zwischen einzelnen Personengruppen einzugehen.

Insgesamt handelt es sich um eine Arbeit, die sich einem wichtigen und zugleich aktuellen Thema differenzierend und mit der nötigen Sensibilität zuwendet. Ihre Stärken liegen in der Auseinandersetzung mit den zivil- und medizinrechtlichen Problemen sowie der rechtsvergleichenden Analyse, auf deren Basis Verf. einen gut begründeten, konkreten Regelungsvorschlag erarbeitet. Die Ausführungen zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben und zum Ineinandergreifen von „Recht, Medizin und Gesellschaft“ (S. 22) bleiben hingegen hinter den selbst gesteckten Zielen zurück und schöpfen die Potentiale des Themas nicht vollständig aus.

Judith Froese

<https://doi.org/10.1007/s00350-021-5810-5>

Arztstrafrecht in der Praxis.

Von Klaus Ulsenheimer und Karsten Gaede. Verlag C.F. Müller, Heidelberg, 6. Aufl. 2021, XXXIX und 1330 S., geb., EUR 139,–.

Das renommierte Werk „Arztstrafrecht in der Praxis“ von Ulsenheimer (letzte Auflage von 2015) ist als 6. Auflage von Gaede nicht nur im bisherigen Umfang „fortgeführt“ (so das Deckblatt), sondern mit drei weiteren Mitarbeitern inhaltlich deutlich zu einem stattlichen Handbuch ausgeweitet worden (1330 S.). Es dient nicht nur Richtern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten und auch Medizinerinnen, sondern ist auch eine Herausforderung für Rechtswissenschaftler, vielleicht sogar für den Gesetzgeber bei Reformgesetzen.

Die Beiträge sind durchgehend kompetent bearbeitet und dokumentiert. Die 6. Auflage ist kein Buch für den flüchtigen Leser, sondern ein umfassendes juristische Nachschlagewerk, und zwar zu Standardfragen sowie auch ausführlich zu seltenen bis kuriosen Folgefragen nach Gerichtsentscheidungen oder zur Auslegung von Gesetzen und einschlägigen untergesetzlichen Normen. Fast durchgehend werden Entstehung der Gesetze, ihre Auslegung durch die Gerichte und Beurteilung durch die Wissenschaft dargestellt (ergänzt um Schrifttums- und Rechtsprechungshinweise).

Aus der Fülle der Themen seien zwei aktuelle Beiträge hervorgehoben: Darstellung des Abrechnungsbetruges (Kap. 1, Teil 14). Gaede kennzeichnet die bisherige Bedeutung des Abrechnungsbetruges,

schildert einschlägige Tatabläufe und Anreize dazu und bewertet sodann klar gegliedert die einzelnen objektiven und subjektiven Tatbestandsmerkmale. Neben der Bedeutung für den GKV-Bereich greift er auch wichtige Fallgestaltungen des Abrechnungsbetruges bei der PKV und im Krankenhaus (Chefärzte, Leitungsebene) auf. Er nimmt auch Stellung zur Abgrenzung von Betrug und Korruption.

Gaede beeindruckt den Leser mit seiner harschen, aber umfassend und plastisch begründeten Kritik (Rdnrn. 1580ff.) an der BGH-Rechtsprechung, wonach der Vermögensschaden beim Abrechnungsbetrug allein nach „streng formaler Betrachtungsweise“ zu beurteilen ist und nicht nach den üblichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Er zitiert dabei auch die bisherige Kritik im Schrifttum. Es bleibt zu hoffen, dass Untergerichte künftig von der eher abstrakten Betrachtung des Vermögensschadens abweichen und dass auch der BGH „nachgibt“.

Ähnlich überzeugend sind die Texte von Gaede in Kap. 1, Teil 13 (ca. 50 S.) für die Beurteilung/Bewertung der oft schwierigen, weil diffizilen Fragen bei Korruptions- und Bestechungsfällen im Gesundheitswesen. Die so umstrittenen Beurteilungen von Vorteils-gewährung und -annahme sowie Unrechtsvereinbarung werden minutiös abgehandelt und mit Rechtsprechung und Literatur belegt. Umfangreich und überzeugend sind auch die Texte zu Bestechung und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen (auch bei Amtsträgern und im geschäftlichen Verkehr). Der Leser findet dabei Hinweise oder Antworten auch auf noch so spitzfindige Fragen. Er kann auch alles Notwendige zur (Vertragsarzt-)Untreue nachlesen (Kap. 1, Teil 15) und sich über Compliance informieren (Kap. 1, Teil 13, VI).

Die neue Auflage ist nicht nur in den bisherigen Texten aktualisiert, sondern enthält auch schon Informationen und Erläuterungen zum AMG, zum IfSchG, zu Sanktionen bei Verstößen gegen Maßnahmen zur Corona-Prävention und zu den schwierigen Triage-Entscheidungen. Aktualisiert sind auch die Texte zu § 219a StGB (strafbare Werbung für Schwangerschaftsabbrüche), Lebens- und Sterbehilfe nach dem aktuellen BVerfG-Urteil zu § 217 StGB sowie die Health-Care-Compliance. Nach bisherigem Muster sind auch die „Kommentare“ – so muss man die Texte bezeichnen – zur fahrlässigen Tötung und fahrlässigen Körperverletzung von RA Bock übersichtlich und gut dokumentiert aktualisiert worden. Auf mehr als 370 S. gibt er Antworten oder jedenfalls weiterführende Hinweise auch zu seltenen Rechtsfragen und Praxisproblemen. Für Mediziner und die Mediziner beratenden (oder kontrollierenden) Juristen sehr aufschlussreich ist der Beitrag von Biermann (Kap. 1, Teil 1, VI) zur „Aufklärungspflicht als Wirksamkeitsvoraussetzung der Einwilligung“, ein Thema, das in der Praxis immer wieder Fragen und Probleme, Verstöße und Sanktionen sowie Haftung auslöst. Es schließen daran an Erläuterungen zur „Zurechenbarkeit des Erfolges“ (VII) bei Pflichtverstößen und einzelnen Delikten.

Beachtlich sind auch die Kommentare u. a. zu Sterbehilfe, Organ- und Gewebetransplantation, Kastration und Sterilisation und das umfassende Thema der ärztlichen Schweigepflicht. Hoch erfreulich, weil hilfreich für die Praxis, ist der Beitrag von Dießner zur anwaltlichen Tätigkeit im arztstrafrechtlichen Verfahren (Kap. 2; mehr als 150 S.). Der Leser findet dort Antworten auf allgemeine Fragen und auch sehr seltene, komplexe und auch filigrane Probleme, wie sie in der Praxis immer wieder mal auftauchen.

Ergebnis: Das Fachbuch zum Arztstrafrecht.

Gernot Steinhilper

Bundemantelvertrag Ärzte. Kommentar zum gemeinsamen BMV-Ä.

Herausgegeben von Herbert Schiller. Verlag C.F. Müller, Heidelberg, 2. Aufl. 2021, geb., €79

Sieben Jahre nach der Erstauflage legt der langjährige Justiziar der KÄV Bayerns mit einem teilweise veränderten Autorenteam eine neue Auflage des Kommentars zum BMV-Ä vor. Eine Empfehlung zum Kauf und zur regelmäßigen Benutzung des Buches ist nicht